

Sitzungsvorlage

Datum: 10.02.2014

Beratungsfolge

Sitzungsdatum

1.	Beschlussfassung	Rat der Stadt Eschweiler	öffentlich	18.02.2014
----	------------------	--------------------------	------------	------------

"Einführung eines Sozialtarifs für Strom durch die EWW" - Antrag Die Linke im Rat der Stadt Eschweiler vom 03. Februar 2014

Beschlussvorschlag:

„Der Stadtrat fordert seine Vertreter im Aufsichtsrat bzw. in der Gesellschafterversammlung von EWW auf, auf einen Sozialtarif hinzuwirken, den zumindest Personen in Anspruch nehmen können, die nach § 4 Abs. 1 Rundfunkbeitragsstaatsvertrag vom Rundfunkbeitrag befreit sind. Der Sozialtarif sollte auf einem Ökotarif beruhen, der den Bezug von Strom und Energie sicherstellt.“

Beschluss(Variante 1): Der Rat stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

Beschluss(Variante 2): Der Rat stimmt dem Beschlussvorschlag nicht zu.

A 14 - Rechnungsprüfungsamt <input checked="" type="checkbox"/> Gesehen <input type="checkbox"/> Vorgeprüft gez. Breuer		Unterschriften <div style="text-align: right;">gez. i.V. Knollmann</div>					
1		2		3		4	
<input type="checkbox"/> zugestimmt		<input type="checkbox"/> zugestimmt		<input type="checkbox"/> zugestimmt		<input type="checkbox"/> zugestimmt	
<input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen		<input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen		<input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen		<input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen	
<input type="checkbox"/> abgelehnt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		<input type="checkbox"/> abgelehnt	
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgestellt	
Abstimmungsergebnis		Abstimmungsergebnis		Abstimmungsergebnis		Abstimmungsergebnis	
<input type="checkbox"/> einstimmig		<input type="checkbox"/> einstimmig		<input type="checkbox"/> einstimmig		<input type="checkbox"/> einstimmig	
<input type="checkbox"/> ja		<input type="checkbox"/> ja		<input type="checkbox"/> ja		<input type="checkbox"/> ja	
<input type="checkbox"/> nein		<input type="checkbox"/> nein		<input type="checkbox"/> nein		<input type="checkbox"/> nein	
<input type="checkbox"/> Enthaltung		<input type="checkbox"/> Enthaltung		<input type="checkbox"/> Enthaltung		<input type="checkbox"/> Enthaltung	

Sachverhalt:

Elektrische Energie ist ein teures Gut – Tendenz: steigend. Das merken Verbraucher regelmäßig bei den Abrechnungen ihres Stromversorgers - und bei den Preiserhöhungen, die in scheinbar regelmäßigen Abständen verkündet werden. Die Strompreisentwicklung geht offenbar unaufhaltsam aufwärts - und zwar stärker als das allgemeine Preisniveau, so das Gefühl der meisten Kunden. Diese Einschätzung trägt nicht: Trotz Liberalisierung und zunehmenden Wettbewerbs durch neue Stromanbieter haben die Strompreise seit Beginn der Energiewende stark angezogen. Generell ist jedenfalls zu beobachten: Jedes Jahr steigen die Strompreise in Deutschland aufs Neue. Bei einer Vergleichsberechnung eines Haushaltes unter bestimmten Bedingungen ist der Strompreis seit 2007 um 26% angestiegen, der Verbraucherpreisindex allerdings nur um 12%. Verbraucherschützer und Kartellbehörden übten in der Vergangenheit mehrfach heftig Kritik an der Strompreisentwicklung. Ihr Verdacht: Die großen Energiekonzerne, die über die Mehrheit der Kraftwerke verfügen, könnten gezielt das Angebot knapp halten und die Preise hochtreiben - bewiesen konnte dieser Vorwurf aber nie werden. Zudem wird immer wieder beklagt, die Stromanbieter würden die Erhöhung staatlicher Abgaben zu kräftigen Preiserhöhungen nutzen, die wesentlich höher ausfielen als nötig.

Etwa einer halben Million Haushalte in Deutschland wird jedes Jahr wegen offener Rechnungen der Strom abgestellt, ergab eine Hochrechnung der Verbraucherzentrale NRW. Dies hat verschiedenste Gründe, zum größten Teil trifft jedoch die Abschaltung des Stromes Geringverdiener. Hierzu berichtete die EZ/EN am 30.01.2014 unter der Überschrift: „Immer mehr Menschen sitzen im Dunkeln“ (Anlage1).

Der Sozial- und Seniorenausschuss hat diese Thematik in den letzten Jahren immer wieder zum Anlass für politische Beratungen genommen, letztmalig in seiner Sitzung vom 28.11.2013 auf Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler vom 04.12.2012(Anlage 2) mit dem Schwerpunkt „Energiearmut steigt“. Hier wurde u.a. ein Vortrag zum Thema „Energiearmut“ (Anlage 3) durch eine Vertreterin der Verbraucherzentrale NRW als Grundlage zur Diskussion im Ausschuss genutzt.

Aktuell liegt jetzt ein Antrag des Ratsmitgliedes Albert Borchart, Die Linke im Rat der Stadt Eschweiler, vor (Anlage 4). Er schlägt vor, den Rat einen Beschluss zur „Einführung eines Sozialtarifes für Strom durch die EWV“ fassen zu lassen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Personelle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Anlage 1

Anlage 2

Anlage 3

Anlage 4



Immer mehr Menschen sitzen im Dunkeln

Steigende Energiekosten treffen die Ärmsten. Ein Anbieter droht im Januar 92 Haushalten in Eschweiler, den Strom zu sperren.

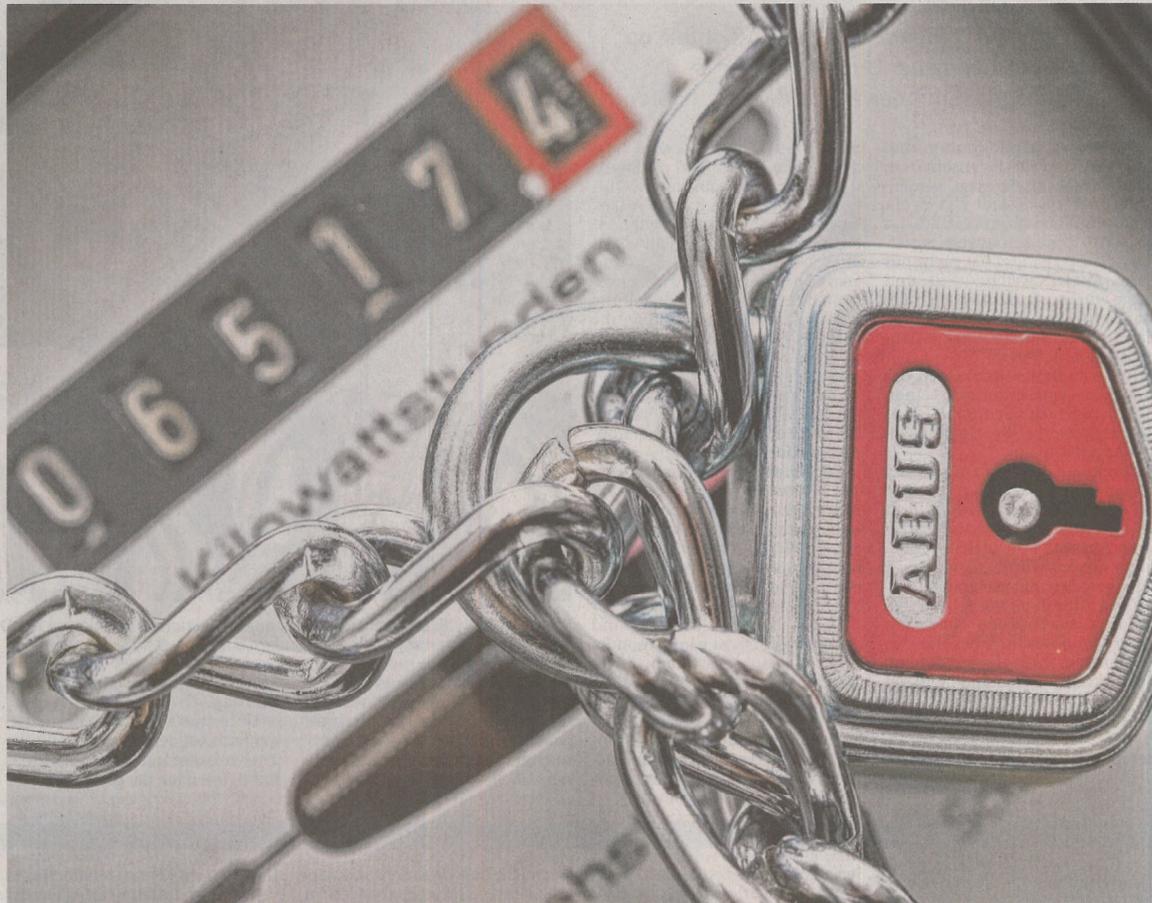
VON PATRICK NOWICKI

Eschweiler. Der Sozialdienst katholischer Frauen schlägt Alarm: Immer mehr Menschen mit finanziellen Problemen wenden sich an die Beratungsstellen. Immer häufiger droht die Absperrung des Stroms oder sogar der Rauswurf aus der Wohnung. Die steigenden Energiekosten treffen in Eschweiler vor allem die Ärmsten. Vor wenigen Tagen verschickte ein Energieversorger 92 Sperrankündigungen nur in Eschweiler. „Früher konnten wir sagen, wenn sich Menschen bei uns melden, dann finden wir einen Weg. Das ist heute so nicht immer möglich“, sagt Carmen Rosendahl-Küpper von der SKF-Schuldnerberatung.

Eine Reihe von Problemen

Den Menschen, die sich in der Peilgasse melden, steht in mehrfacher Hinsicht das Wasser bis zum Hals. „Wir haben es natürlich mit Leuten zu tun, die eine Reihe von Problemen haben“, berichtet Brigitte Schall-Wagner. Dazu gesellt sich dann auch eine Stromnachzahlung, die sie nicht mehr leisten können. Empfängern der sogenannten Grundsicherung durch das Jobcenter müssen den Strom über ihren Regelsatz bezahlen. Der beträgt bei Alleinstehenden und Alleinerziehenden 391 Euro im Monat. Da muss jeder Cent genau ausgegeben werden, will man mit dieser Summe über die Runden kommen.

Manchmal gelingt das den Betroffenen nicht. In einem aktuellen Fall, den die SKF-Schuldnerberatung betreut, war eine Stromnachzahlung in Höhe von 1500 Euro fällig. Nachdem die Heizung ausgefallen war und der Vermieter mit der Reparatur auf sich warten ließ, hatte die Frau mit alten Radiatoren geheizt. Die saftige Rechnung kam nach einem Jahr. Jetzt



Abgesperrt: Immer mehr Menschen sitzen im Dunkeln, weil sie die Stromrechnung nicht mehr bezahlen können. 92 Sperrankündigungen eines großen Anbieters wurden alleine im Januar in Eschweiler verschickt.
Foto: Stock/STAR-MEDIA

wurde der monatliche Abschlag auf 185 Euro angehoben, die Nachzahlung erfolgt in Raten von je-

weils 100 Euro, der Gasabschlag liegt bei 80 Euro. „Alleine 365 Euro muss diese Frau an Energiekosten

zahlen, was soll sie da noch machen?“ fragt Carmen Rosendahl-Küpper.

Solche Fälle häufen sich in der Schuldnerberatung. Mit den Energieanbietern sind die SozialarbeiterInnen des SKF in engem Kontakt. Regelmäßig tauscht man sich aus und sucht nach Lösungen. Die Beratungsstelle fordert für bestimmte Fälle eine Prepaid-Lösung. Das bedeutet, analog zur Handy-Prepaid-Karte, den Menschen steht eine bestimmte Summe für Strom zur Verfügung. Danach wird für den Monat abgeschaltet. „Dann häufen sich die Nachzahlungen nicht, sondern der finanzielle Rahmen bleibt überschaubar“, wirbt Brigitte Schall-Wagner für diese Variante.

Für die Stadt Eschweiler wird der SKF auch tätig, wenn Räumungsklagen erfolgen, also Menschen ihre Miete nicht gezahlt haben und der Rauswurf droht. „Diese Begleitung ist sehr aufwendig, denn es müssen viele Hebel gezogen werden, um die Leute in den Wohnungen zu halten“, sagt Carmen

Rosendahl-Küpper. Zudem steigt die Zahl derer, die vom Rauswurf bedroht werden. 66 Fälle waren es im vergangenen Jahr.

Immer im Mittelpunkt: die Kinder. „Mit jedem Kind steigt das Armutsrisiko“, teilt Carmen Rosendahl-Küpper mit. Ein Drittel der Familien seien von der Armut bedroht oder sind schon betroffen. Diese alarmierenden Zahlen will der SKF nun stärker nach draußen bringen. „Man muss einfach sagen, dass wir nicht genug Arbeit für die Leute haben, die Arbeit suchen“, sagt sie. Bei der Zahl der Dauerarbeitslosen liegt Eschweiler vorne in der Städteregion. Auch die Zahl derer, die im Alter von über 50 Jahren wieder einen Job suchen, wächst. „Man steckt diese Menschen in Maßnahmen, aber eine wirkliche Chance haben sie nicht“, meint Carmen Rosendahl-Küpper. Viele Firmen seien geschlossen worden.

Steigende Mieten und Energiekosten, immer mehr Aufstocker – der SKF sieht sich in einem Teufelskreis.

NACHGEFRAGT

Es wird immer schwieriger zu helfen



► CARMEN ROSEND AHL-KÜPPER
Sozialarbeiterin

schon außerhalb unserer Gesellschaft stehen. Ich habe vielmehr den Eindruck, dass die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinandergeht.

Wie kann man den Betroffenen helfen?

Rosendahl-Küpper: Dies wird immer schwieriger. Wenn wir zum Beispiel die Arbeitsmarktsituation sehen: Wo sind denn die Arbeitsstellen für diese Menschen, die keinen besonderen Berufsabschluss haben? Natürlich, Fachkräfte werden immer gesucht, aber was ist mit den anderen Leuten? Hinzu kommt die wachsende Zahl der Minijobber und Aufstocker. Es ist heute schon so, dass

selbst Doppelverdiener zu uns kommen, weil es hinten und vorne nicht reicht. Da stoßen wir als Beratungsstelle schnell an unsere Grenzen.

Was würden Sie denn ändern wollen?

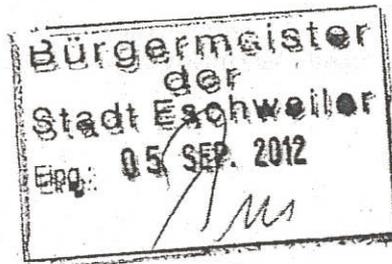
Rosendahl-Küpper: Man sollte sich als reiches Land wie Deutschland fragen, ob es kein Grundrecht auf eine Stromversorgung geben soll. Außerdem müssen die Bedarfsätze dringend angepasst werden. Man muss sich dafür nur die Mietkosten einmal im Detail anschauen. Es ist auch nicht hinnehmbar, wenn einem Kind im Regelsatz unter einem Euro für Spielzeug im Monat zusteht.

Die Beschäftigungsrate ist hoch, die Menschen sind wieder konsumfreudiger, manche sprechen von Aufschwung – wie passt das Ihre Kritik?

Rosendahl-Küpper: Ganz ehrlich, bei uns kommt genau das Gegenteil an. Man sollte auch einmal fragen, wer denn von einem Aufschwung profitiert. Das sind nicht die Menschen, die wir betreuen, die am Rand, wenn nicht sogar



An
Stadt Eschweiler
Bürgermeister Rudi Bertram
Johannes-Rau-Platz 1
52249 Eschweiler



SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Eschweiler
Johannes-Rau-Platz 1
52249 Eschweiler
Telefon 02403 / 71 - 408
Telefax 02403 / 71 - 514
spd-fraktion@eschweiler.de
www.spd-eschweiler.de
Sparkasse Aachen
Konto-Nr. 2250306
BLZ 390 500 00

Energiearmut steigt

17/50

Eschweiler, 4. September 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram,

das Problem „Energiearmut“ wird immer mehr zu einer sozialen Dimension im Alltag von Verbraucher/innen und betrifft hier in zunehmendem Maße die ältere Generation. Besonders betroffen sind hier häufig ältere Frauen, die aufgrund von Kindererziehungszeiten, Pflege von Angehörigen oder als „Nur-Hausfrau“ keine durchgehende Erwerbsbiographie aufweisen können und nicht selten eine Rente unter der Armutsgrenze beziehen. Es ist erwiesen, dass sich diese Zahl bis zum Jahre 2030 deutlich erhöhen wird.

Die Energiekosten sind inzwischen zu einer zweiten Miete angewachsen und nicht selten führt eine jährliche Nachzahlung der Energiekosten zu großen finanziellen Schwierigkeiten.

Auch in Eschweiler können immer mehr Bürgerinnen und Bürger ihre Energierechnung nicht mehr bezahlen und geraten in finanzielle Not und nicht selten in einen Schuldenkreislauf, wenn Nachzahlungen in mehrstelliger Höhe auf sie zukommen. Im Haushalt entfallen laut Aussage der Verbraucherschutzzentrale NRW 12 % des Energieverbrauchs auf Strom, der Rest auf Heizung und Warmwasserbereitung. Strom ist allerdings aufwändig zu produzieren und demnach teurer (ca. 25 ct. pro kWh).

In der letzten Zeit wird in allen Medien von Erneuerungen der Stromleitungen, vom Ausbau und sogar von Millionenforderungen wegen der Energiewende berichtet. Allerdings nicht davon, wie Menschen mit einem Einkommen, das knapp über der Armutsgrenze liegt, eine Preiserhöhung verkraften sollen.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, mit den Bundestagsfraktionen Kontakt aufzunehmen mit der Zielrichtung, dass diese die Energieversorger veranlassen, einen möglichen Sondertarif für die in Not geratenen Menschen zu schaffen. Hierbei sollte auch einfließen, dass es ein Grundrecht auf Stromversorgung geben sollte, so dass

- 1 -

Vorsitzender:
Leo Gehlen
Am Steinacker 9
52249 Eschweiler
Telefon: 02403 / 54401

Geschäftsführerin:
Nicole Dickmeis
Pützlohner Straße 4
52249 Eschweiler
Telefon: 02403 / 979855

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler



einkommensschwache Privathaushalte bei Energieschulden nicht in Gefahr geraten, sich über Jahre hinweg in einer Schuldenspirale zu befinden.

Die Bundesregierung sollte Sorge dafür tragen, dass nicht die Bürger sondern die Unternehmen entsprechend für den Ausbau und die Erneuerung von Stromleitungen, etc. zur Kasse gebeten werden.

Weiterhin bitten wir Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, auf die Bundes- und Landesregierung insofern einzuwirken, dass die derzeitigen Vergünstigungen für Unternehmen zu Gunsten der Bürger zurück genommen werden.

Mit freundlichen Grüßen

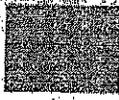
A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Leo Gehlen', is written over the typed name and title.

Leo Gehlen

Fraktionsvorsitzender

Verbraucherzentrale

Nordrhein-Westfalen



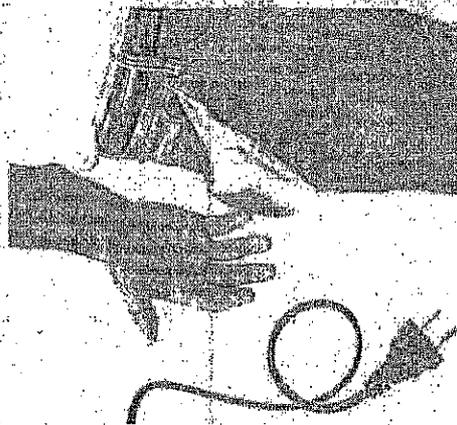
Landesmodellprojekt

„NRW bekämpft Energiearmut“

am Standort Aachen

Martina Wagner
Fachberaterin Energiearmut
Beratungsstelle Aachen

Eckdaten zum Landesmodellprojekt



- Laufzeit bis 31.12.2015
seit 01.10.2012: Aachen, Bielefeld, Köln, Krefeld, Wuppertal
seit 01.01.2013: Bochum, Dortmund und Mönchengladbach
- anteilige Finanzierung des Landes (MIKULNV NRW) und der lokalen Energieversorger
- Verknüpfung des Angebotes mit einer den Verbraucher aufsuchenden Energiesparberatung durch den Stromspar-Check der Caritas oder über den Basis-Check der Verbraucherzentrale

Ziele des Pilotprojektes

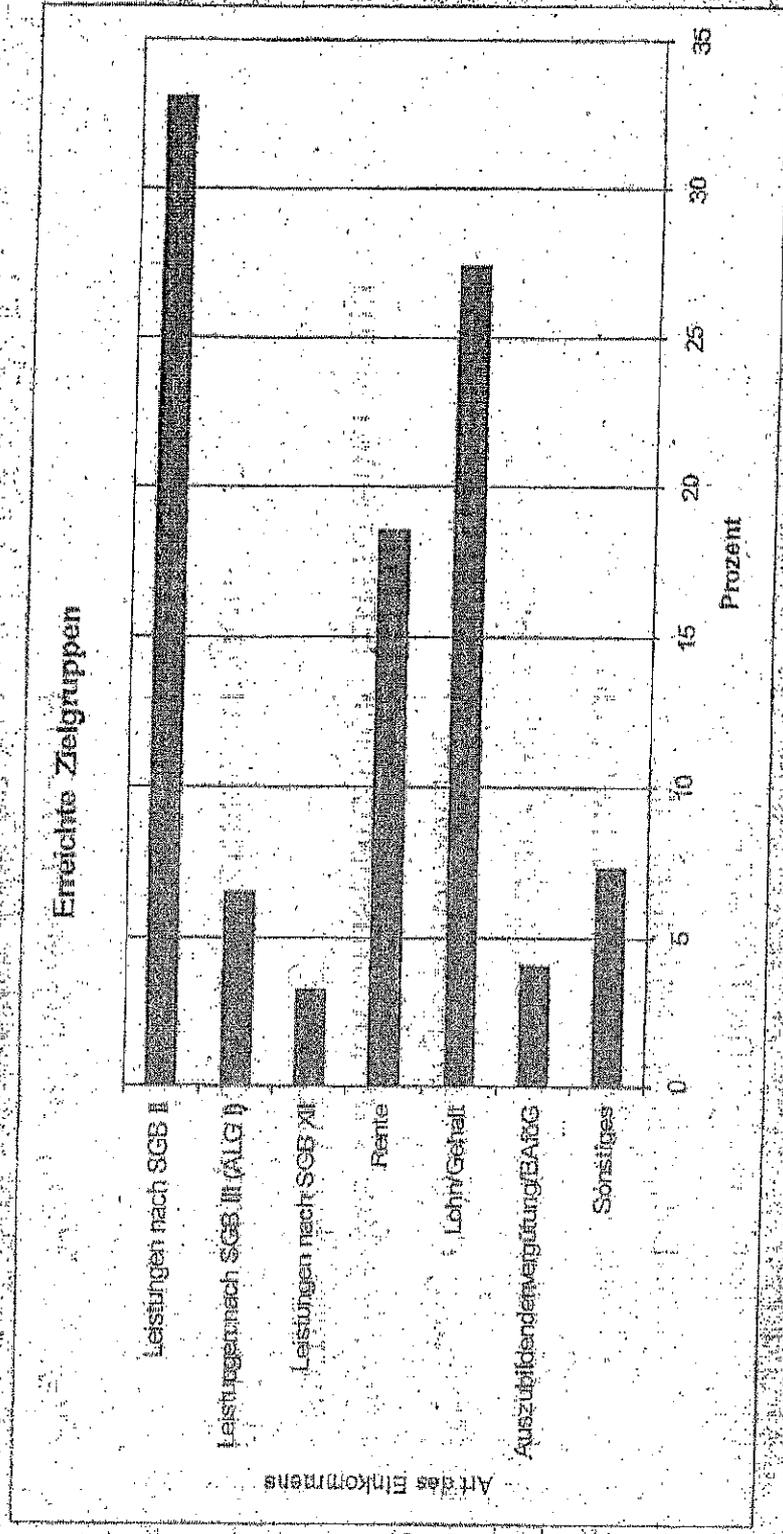
- **Präventive Ziele:**
 - Nachhaltige Vermeidung von Energiearmut und Energiesperren
 - Individuelle Stärkung der Finanz- und Planungskompetenzen
 - Ermittlung von Einsparpotentialen im Haushaltsbudget und Energieverbrauch
- **Kurative Ziele:**
 - Kurzfristige Existenzsicherungsberatung ohne Wartezeiten
 - Tragfähige Vereinbarungen zur Rückführung der ausstehenden Energieforderungen
- **Übergreifende Ziele:**
 - Intensivierung der Vernetzung zur Bekämpfung der Energiearmut
 - Ableitung von übergreifendem Handlungsbedarf
 - Frühzeitige Sensibilisierung für das Problem durch zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit

Bilanz der Budget- und Rechtsberatung zu Energiearmut von Oktober 2012 bis September 2013

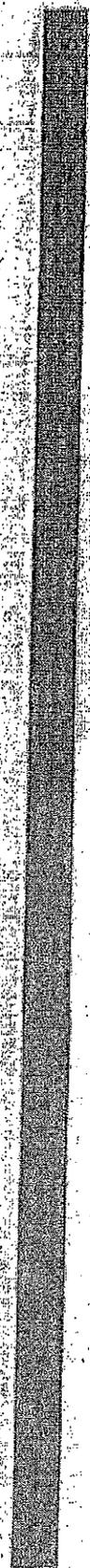
- 110 ausführliche Beratungsfälle
- mind. 2 Kontakte pro Fall
- Weitere Kurzberatungen

680 Beratungsfälle im Gesamtprojekt

Welche Personen sind von Zahlungsproblemen und Energiesperren betroffen?



n=124, z.T. Mehrfachnennungen, z.B. wegen ergänzender Sozialleistungen bei geringer Rente oder Einkommen
Unter Sonstiges stellen Bezücker von Krankengeld bzw. Pflegegeld oder Asylbewerberleistungen



Beratungsinhalte

- Umfassende Budgetberatung
 - Prioritäten, Einsparpotentiale
 - sind weitere Schulden vorhanden?
- Kontrolle und Erklärung der Rechnung
- Prüfung des Energieverbrauchs
 - ggf. Verweis an Stromsparcheck, Energieberatung
 - stimmt der Abschlag?
- Besteht Anspruch auf Sozialleistungen

Ziele: Vermeidung einer Sperre
Sicherung der Abschlags-
tragfähige Ratenzahlung

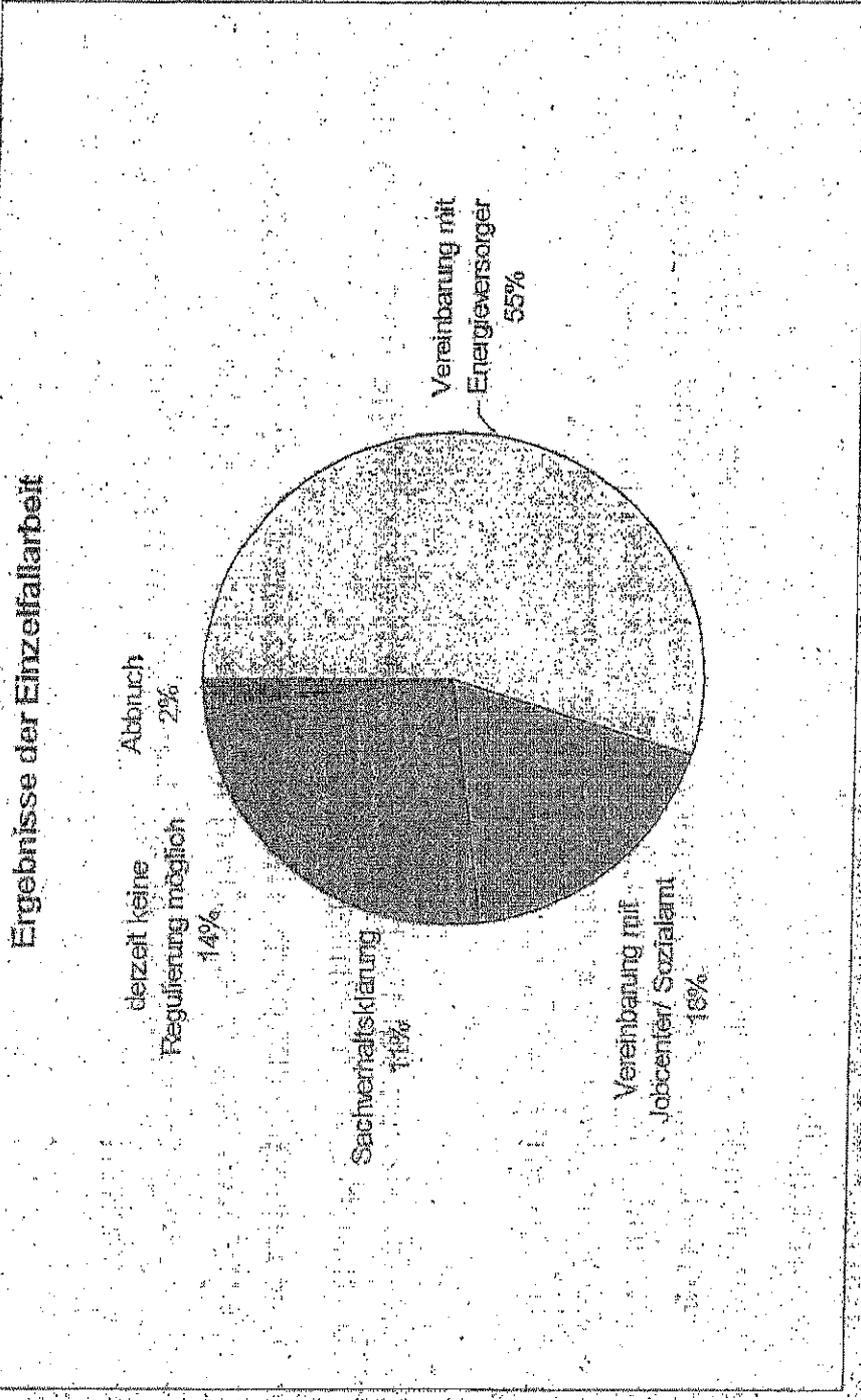
Beratungsarbeit konkret

Beispielfall:

Vierköpfige Familie, ein Elternteil wird arbeitslos. Durch die Verringerung des Einkommens werden Abschläge unregelmäßig gezahlt, hoher Stromverbrauch (8000kWh). Es kommt zu Mahnungen und Androhung der Stromsperre. Es bestehen weitere Schulden.

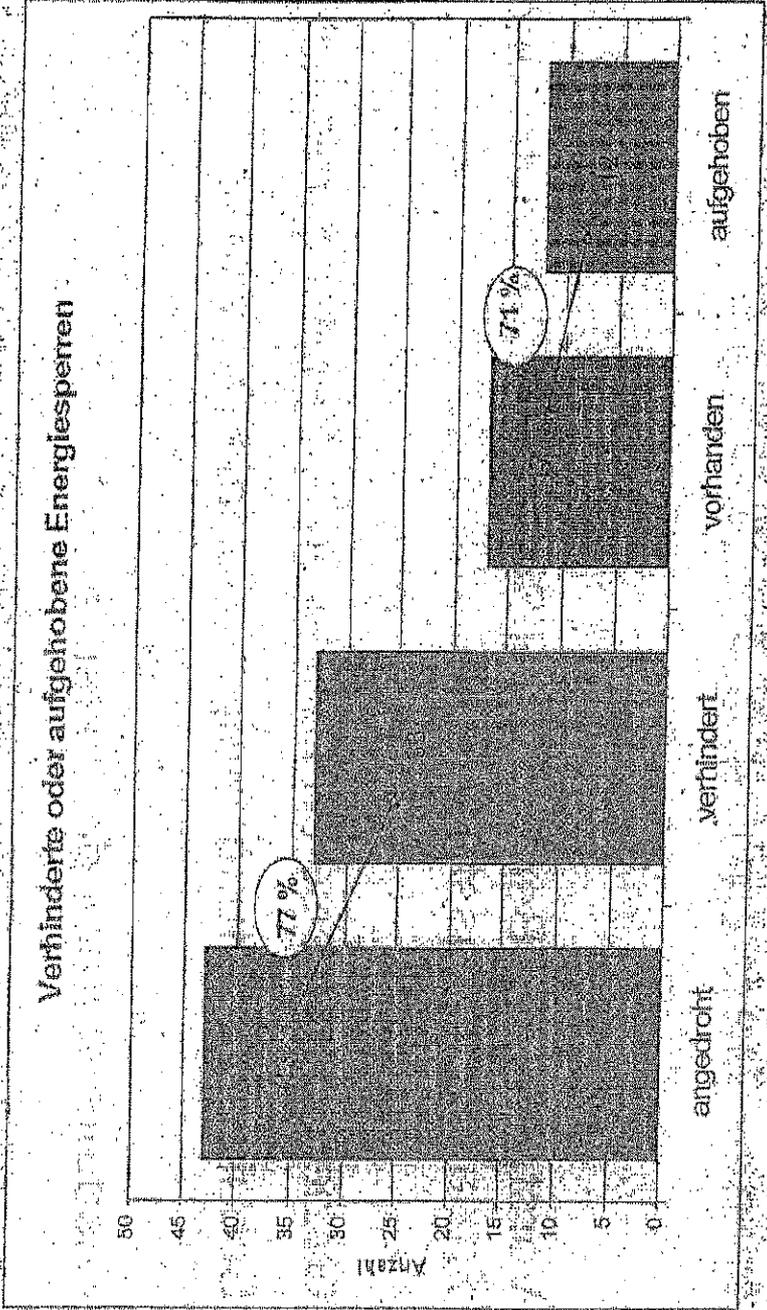
- Durch die Budgetberatung kann eine tragfähige Ratenzahlung ermittelt und vereinbart werden
- Die Energieeinsparberatung führt zu einer Reduzierung des Verbrauchs, der Abschlag kann reduziert werden
- Zur Regulierung der Schulden wird an die Schuldnerberatung verwiesen

Ergebnisse der bisherigen Fallarbeit



Die Ergebnisse beziehen sich auf die zum Zeitpunkt der Absendung abgeschlossenen Fälle n=100

Verhinderte und aufgehobene Sperren



Die Ergebnisse beziehen sich auf die zum Zeitpunkt der Auswertung abgeschlossenen Fälle: n=100

Vernetzung des Beratungsangebotes in der Beratungsstelle Aachen

- Vorstellen der Beratung bei Sozialamt, Jobcenter und Sozialberatungsstellen z.B. Wabe, KAB
- Gezielte Verweise an flankierende Beratungsmöglichkeiten:
Schuldnerberatungsstellen, Soziale Dienste
- Zusammenarbeit der Akteure

Beratungszeiten

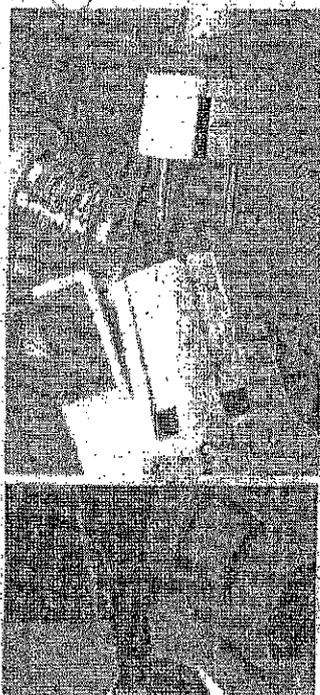
- > Montag und Dienstag
- > Termine nach Vereinbarung
- > Telefonsprechstunde
Montag 10:00 Uhr-12:00 Uhr
- > Offene Sprechstunde
Dienstag 14:00 Uhr-16:00 Uhr

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**

Martina Wagner
Fachberaterin Energiearmut
Verbraucherzentrale NRW e.V.
Beratungsstelle Aachen

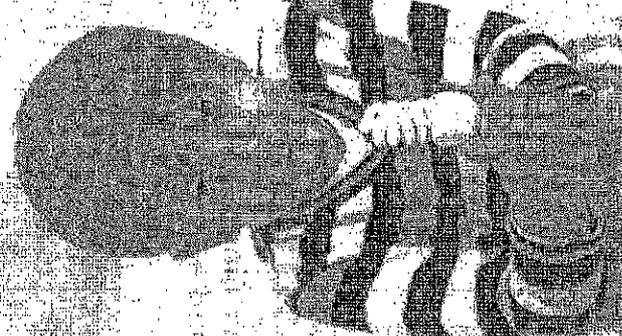
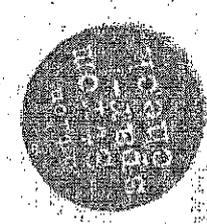
Tel: 0241-4013164

E-Mail: aachen.energiearmut@vz-nrw.de



Hier gewinnen alle

Wussten Sie, dass Sie mit einfachen Mitteln Ihre Stromkosten um bis zu 100 Euro im Jahr verringern können? Machen Sie mit beim Stromspar-Check und lassen Sie sich kostenlos beraten.



Stromspar-Check – so einfach geht's:

1. Rufen Sie uns an und vereinbaren Sie einen Termin.
Zu Besuch der Stromspar-Helfer kommen zu Ihnen und Checken zusammen mit Ihnen Ihren Verbrauch.
3. Sie bekommen kostenlos Energiesparartikel im Wert von bis zu 70 Euro.
4. Sie erhalten einen Stromspar-Fahrplan, der auf Ihren Haushalt abgestimmt ist und Tipps, wie Sie Ihren Energieverbrauch weiter senken können. So sparen Sie bis zu 100 Euro im Jahr!

Mitmachen können alle, die Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder Wohngeld beziehen oder einen Aachen-Pass haben.

„Ich helfe auch mit, Strom zu sparen. Ich mache in meinem Zimmer immer das Licht aus. Und von dem was wir sparen, gehen wir alle zusammen in den Zoo.“

Janis, 9 Jahre

Gutschein

Ja, ich möchte einen kostenlosen Stromspar-Check und ein Stromspar-Paket

Name Vorname

Adresse

Telefon

E-Mail

Rufen Sie uns an und vereinbaren Sie einen Termin mit einem unserer Stromspar-Helfer.

Telefon
0241 431165

Machen Sie mit Strom sparen zählt sich! In alle Gassen

Kostenlos!

Stromsparende Elektrogeräte: z.B. Energiesparlampen, schaltbare Steckdosenleisten, TV-Standby-Abschalter, Zeitschaltuhren und Strahlregler für Wasserhähne. Der Wert von bis zu 70 Euro.

Gutschein

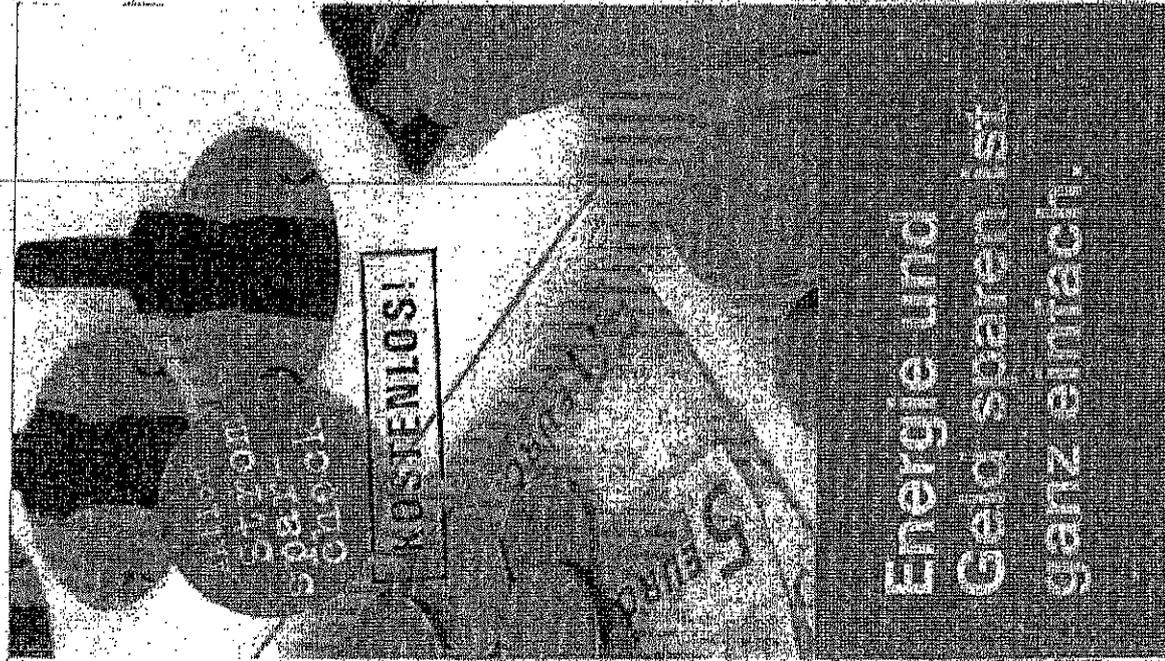
für einen Stromspar-Check
und ein Stromspar-Paket, z.B.

Ein Fernseher im Stand-by-
Modus verbraucht 16 Euro im Jahr.
Mit geeigneteren Steckdosen-
leisten machen Sie alle Geräte
wirklich aus.

Mit Energiesparlampen sparen
Sie bis zu 80 Prozent Ihrer
Kosten für Beleuchtung ein.

Strahlregler können die
Durchflussmenge von
Wasser in Ihren Duschern
halbieren.

Anlage 7



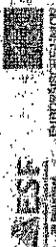
Machen Sie mit und sparen Sie bares Geld! Ihr Stromspar-Kontakt:

Rheinischer Verein für
Katholische Arbeiterkolonien e.V.
Kapitelstraße 3
52008 Aachen
Telefon 0241 431165
E-Mail: energiemut_rvw@rhein-verein.de



www.stromsparpaket.de

Unterstützt durch Mittel des Europäischen Sozialfonds.



Die Aktion wird im Rahmen des Modellprojekts
JNRW, besetztes Energiehaus mit durchlassfähiger
Mittelklasse Umwelt- und Wirtschaft. Natur- und Verbrauch
charakteristischer und der Nordrhein-Westfalen, gefördert.

Energie-Agentur NRW



DIE LINKE.

IM RAT DER STADT ESCHWEILER

Ratsmitglied

Albert Borchardt

Haus Palant

52249 Eschweiler

Festnetz: 02403 / 72 02 643

Mobil: 0179 / 648 32 05

E-mail: albert.borchardt@dielinke-eschweiler.de

An den
Bürgermeister der Stadt Eschweiler

Antrag
„Einführung eines Sozialtarifs für Strom durch die EWV“

Montag, 3. Februar 2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram,

anlässlich des aktuellen Zeitungsartikel in der EZ/EN vom 30. Januar 2014 „**Steigende Energiekosten treffen die Ärmsten**“ beantrage ich auf die Tagesordnung der Sitzung des Stadtrates am 18.02.2014 oben genannten Antrag zu setzen und folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat fordert seine Vertreter im Aufsichtsrat bzw. in der Gesellschafterversammlung von EWV auf, auf einen Sozialtarif hinzuwirken, den zumindest Personen in Anspruch nehmen können, die nach § 4 Abs. 1 Rundfunkbeitragsstaatsvertrag vom Rundfunkbeitrag befreit sind, Der Sozialtarif sollte auf einem Ökotarif beruhen, der den Bezug von Strom aus 100% erneuerbaren Energien sicherstellt.

Begründung:

Der starke Anstieg der Strompreise in den letzten Jahren hat dazu geführt, dass immer mehr Menschen mit geringem Einkommen ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen können und daher von Stromsperrungen betroffen oder bedroht sind. Aktuell sind davon bundesweit 600.000 Haushalte betroffen, in Eschweiler dem Artikel zu entnehmen 92.

Erschwerend kommt hinzu, dass erfahrungsgemäß die großen Energiekonzerne die notwendige Energiewende als Argument für drastische Preiserhöhungen missbrauchen.

Da eine ausreichende Versorgung mit Strom zur Daseinsvorsorge gehört, muss eine Sperrung in jedem Fall verhindert werden. Solange es keine armutsfeste Mindestsicherung gibt, ist ein entsprechender Sozialtarif ein adäquates Mittel, einkommensschwache Haushalte zu entlasten und Stromsperrungen auszuschließen. Stromspar-Checks, wie sie es in unserer Region gegeben hat, halten wir für sinnvoll, aber nicht ausreichend, der sich vergrößern Energiearmut entgegenzuwirken.

Mit freundlichen Grüßen



Albert Borchardt